



RITTER TOD UND TEUFEL

**Wirtschaftspolitische Leitbilder von Regierung und Parteien**

## WIRTSCHAFTSPOLITIK

Wirtschaftspolitik ist die Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Beeinflussung ökonomischer Prozesse. Welche Ziele verfolgen dabei die wirtschaftlichen Akteure (das wissen wir nun schon in etwa) und welchen Grundwerten und Leitbildern richtet sich die Wirtschaftspolitik aus?



**a) Bundesregierung:**

Die Veränderungen, die aus der Globalisierung und den Herausforderungen einer wissensbasierten Gesellschaft resultieren, wirken sich unmittelbar auf das Alltagsleben der Menschen aus [...]. Die Bundesregierung wird dazu beitragen, die Anpassungsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft zu unterstützen. Dabei orientiert sie sich an dem Leitbild einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Sie sieht ihre Verantwortung darin, einerseits wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich wirtschaftliche Aktivitäten so effizient, beschäftigungsorientiert und umweltverträglich wie möglich entfalten können, andererseits dort wirksame Unterstützung zu bieten, wo es die Solidarität mit den vom Strukturwandel besonders betroffenen Menschen erfordert.

Aus: Jahreswirtschaftsbericht 2001 der Bundesregierung

**b) SPD:**

Notwendig ist eine Kombination von Maßnahmen, die sinnvolle, dauerhafte Beschäftigung für alle schafft und zugleich Umweltbelastungen, insbesondere den Energieverbrauch, wirksam und schnell vermindert, humanere Arbeitsbedingungen schafft, die Bundesrepublik als Industriestandort international wettbewerbsfähig erhält, Wissen, Einsatzbereitschaft und Kreativität der Menschen fördert, neue soziale und kulturelle Entwicklungen ermöglicht. [...] Eine gerechtere Einkommensverteilung sorgt für sozialen Ausgleich und schafft zusätzliche Nachfrage und damit Arbeitsplätze.

Aus dem Grundsatzprogramm der SPD; Stand: 17. April 1998

**c) CDU:**

Die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle. Sie hat ihr geistiges Fundament in der zum christlichen Verständnis des Menschen gehörenden Idee der verantworteten Freiheit und steht im Gegensatz zu sozialistischer Planwirtschaft und unkontrollierten Wirtschaftsformen liberalistischer Prägung. Wir treten für die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft ein, weil sie wie keine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerech-

tigkeit verwirklicht. Wir wollen die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft so fortentwickeln, dass die persönliche Initiative gestärkt, immer mehr Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt verwirklicht und die Umwelt wirksam geschützt wird.

Aus dem Grundsatzprogramm der CDU; Stand: 23. Februar 1994

**d) FDP:**

Die Soziale Marktwirtschaft verbindet die Interessen der Einzelnen mit den Interessen aller. Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung, in der sich Leistungsbereitschaft am besten entfalten kann und die Grundlagen sozialer Gerechtigkeit erwirtschaftet werden. Die soziale Leistungsfähigkeit eines Landes folgt der ökonomischen Leistungsfähigkeit eines Landes. [...] Bürokratische Verkrustungen in Staat und Verbänden sowie die Globalisierung\* der Wirtschaft erfordern eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Nur mit mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr Innovation und mehr Flexibilität erreichen wir mehr Chancen für eine deutliche Steigerung der Wirtschaftsleistung und für mehr Arbeitsplätze.

Aus den Wiesbadener Grundsätzen der FDP; Stand: 24. Mai 1997

**e) Bündnis 90/Die Grünen:**

Nicht allein Fehlverhalten und Unwissenheit treiben in das Desaster. Vielmehr ist es der schrankenlose industrielle Wachstumswahn, der alle Regionen und Lebenswelten seiner aggressiven und expansiven Logik unterwirft. [...] Die Antwort auf die Zerstörung unseres Planeten darf sich nicht in einzelnen Umweltschutzmaßnahmen erschöpfen. [...] Zentral gelenkte Planwirtschaften wie auch die ungebremste Geltung privatwirtschaftlicher Interessen haben sich als untauglich erwiesen, ökologisch zu produzieren und strukturelle Armut zu verhindern. [...] Wir wollen stattdessen den Wandel zu einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft, in der Wachstum an sich nicht mehr die entscheidende wirtschaftliche Zielgröße sein darf.

Aus: Bündnis 90/Die Grünen: Politische Grundsätze; Stand: 1996